

Antrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

Abrüstungsinitiative aus vier Kontinenten unter Bezug auf die Aktivitäten Frankreichs und dessen Atomversuche am Mururoa-Atoll

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. a) Der Deutsche Bundestag äußert Betroffenheit, daß Frankreichs Geheimdienst einen Terroranschlag auf „Rainbow Warrior“ verübt hat.
 - b) Der Deutsche Bundestag befürwortet die Initiative von „Greenpeace“ zur Erreichung eines sofortigen umfassenden Atomwaffenteststopps.
 - c) Der Deutsche Bundestag fordert von der französischen Regierung, daß sie keine Atomexplosionen mehr in ihrer „Überseeterritorium“ genannten Kolonie Französisch-Polynesien stattfinden läßt.
 - d) Der Deutsche Bundestag fordert von der französischen Regierung freien Zugang in Atomtestgebiete für unabhängige internationale Ärzte und Geologen, da Berichte von radioaktiv bedingten Erkrankungen der Anwohner wegen der strengen Nachrichtensperre und des Einreiseverbotes weder bestätigt noch widerlegt werden können und das Mururoa-Atoll durch explosionsbedingte Risse radioaktive Substanzen bereits ins Meerwasser freigeben könnte.
- II. a) Die Bundesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß die Beteiligung der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft in Essen (RWE) am Schnellen Brüter „Super Phenix“ umgehend gekündigt wird, weil die französische Regierung nicht verbindlich erklärt hat, kein Plutonium aus dem „Super Phenix“ zu militärischen Zwecken zu verwenden.
 - b) Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle Bereiche der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Atomindustrie zu überprüfen, damit in der Bundesrepublik Deutschland hergestelltes Spaltmaterial nicht zum Bau von Atombomben verwendet wird. Die Bundesregierung wird aufgefordert zu überprüfen, ob solches Material jetzt oder in

absehbarer Zeit zur Atomexplosion in französischen Testgebieten gebracht wird.

- c) Die Bundesregierung wird aufgefordert, jegliche nukleare Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Frankreich, das den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat, zu beenden, da nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann, daß aus der Bundesrepublik Deutschland nach Frankreich exportiertes nukleares Material zur Herstellung von Atomsprengköpfen genutzt wird.

Bonn, den 2. Oktober 1985

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion

Begründung

Der Pazifik ist das bis heute am meisten durch Atomexplosionen geschädigte Gebiet der Welt. Die gesundheitlichen und ökologischen Schäden der Atomtests sind heute sichtbar. Die „Rainbow Warrior“ hat kurz vor ihrer Versenkung die Bewohner des von Atomtests der USA verseuchten Rongelap-Atolls evakuiert; sie leiden heute unter radioaktiven Folgeschäden wie Krebs oder Erblindung, Tot- und Mißgeburten.

Frankreich testet in seiner Kolonie Französisch-Polynesien auf dem Mururoa-Atoll und dem Fangataufa-Atoll seit der Mitte der 60er Jahre. Seit Beginn dieser Atomtests werden Gesundheitsdaten über die Bewohner der Kolonie nicht mehr veröffentlicht. In den Krankenhäusern arbeiten Armeeärzte. Entgegen offizieller Verlautbarungen gibt es Hinweise, daß Krebskranke mit Militärflugzeugen zur Behandlung nach Frankreich geflogen werden. Die Anwohner der Testgebiete sollen, um nicht einheimische Nahrungsmittel zu sich nehmen zu müssen, mit Konserven beliefert werden. Nachrichtensperre und Einreiseverbot in betroffene Gebiete werden allerdings so streng gehandhabt, daß diese Informationen nicht überprüft werden können.

Die Bundesregierung hat die offizielle Erklärung der französischen Regierung, daß die französischen Atomtests keinerlei Strahlenschäden hervorgerufen hätten, kritiklos übernommen: (siehe Antwort der Bundesregierung – Drucksache 10/2992 – auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Kelly und der Fraktion DIE GRÜNEN – Drucksache 10/2904.) Das eigenständige Atomwaffenarsenal Frankreichs wird von der Bundesregierung ausdrücklich gutgeheißen. Sie macht sich damit zum Komplizen der kolonialen Atompolitik Frankreichs.

Roman Bedor, Rechtsanwalt aus dem von den Atomwaffentests der USA betroffenen Mikronesien, schilderte auf seiner letzten Reise in Europa die dortige Situation wie folgt: „Das Meer ist für uns Insulaner wie Weizenfelder in den USA oder Weinberge in Frankreich. Das ist unsere Lebensgrundlage, auf der wir jahrhundertlang gelebt haben. Deswegen sagen wir im Pazifik, wenn es so sicher ist, wie Frankreich behauptet, dann testet in Frankreich

selbst und nicht inmitten unserer Heimat!" Diese Proteste der Betroffenen ignorierend, will Frankreich auch weiterhin seine Atomwaffen im Pazifik testen.

Frankreich hat den Atomsperrvertrag nicht unterzeichnet, und seine Atomindustrie ist unmittelbar mit Atomwaffenproduktion verflochten. Es besteht gleichzeitig eine enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich im Atomsektor. Hier stellt sich die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland Spaltmaterial für die französischen Atombomben liefert, ob die Bundesrepublik Deutschland die Verseuchung des Mururoa-Atolls und des Pazifiks mitverursacht, ob die französische Atomwaffenproduktion ein lukratives Geschäft für die bundesdeutsche Atomindustrie geworden ist usw.

Wir befürchten in diesem Zusammenhang, daß die auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten unsinnigen Projekte wie der Schnelle Brüter in Kalkar, die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf nur deswegen forciert werden, um unter dem Deckmantel der Deutsch-Französischen Freundschaft und über die WEU den „Traum“ von der atomaren Großmacht Westeuropa zu verwirklichen. Das sogenannte „Sicherheitsbedürfnis“, das zur Anhäufung von immer mehr Massenvernichtungswaffen führt, sichert nicht den Frieden, sondern bedroht uns alle.

